



Gitta Connemann
Mitglied des Deutschen Bundestages

„Die Situation der Fischerei durch nachhaltige Bewirtschaftung verbessern“ (TOP 17)

Rede am 2. Juni 2005
Es gilt das gesprochene Wort!

Herr/Frau Präsident(in),
meine Damen und Herren,

„Manntje' Manntje, Timpe Te,
Buttje' Buttje in der See,
Meine Frau, die Isebill,
Will nicht so, wie ich gern will.“

So wie der Fischer in dem Märchen der Gebrüder Grimm müssen sich auch die Fischer heute in Deutschland fühlen. Nur dass in diesem Fall nicht „Frau Isebill“, sondern „Frau Renate“ keine Rücksicht auf die Bedürfnisse unserer Fischer nehmen will.

Dies wird einmal mehr mit dem Antrag „Situation der Fischerei durch nachhaltige Bewirtschaftung verbessern“ unter Beweis gestellt, den die Koalitionsfraktionen hier in einer Nacht- und Nebel-Aktion vorgelegt haben.

Dabei weckt der Titel des Antrages zunächst noch große Erwartungen. Man erwartet eine detaillierte Darstellung der Situation der Fischereiwirtschaft. Man erwartet eine genaue Beschreibung der Ausgangslage, eine Analyse der Probleme und daran anschließend das Aufzeigen möglicher Lösungen, kurzum: man erwartet nichts weniger als ein Konzept für die zukünftige Fischereipolitik.

Doch was steht zur Situation unserer Fischer wirklich in ihrem Antrag? Nur einige wenige dürre Sätze auf immerhin 10 Seiten! Darunter Sätze wie, ich zitiere: „ ... die bestehende Förderpolitik für die Fischerei anzupassen und dabei einen integrierten Gesamtansatz zu wählen, der gezielt ein zweites wirtschaftliches Standbein der Fischerei ermöglicht;“ – Zitatende. Allerhand!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, was sollen die Betroffenen von solch einem Satz halten? Ein Satz, der unter dem Strich nichts anderes bedeutet als: „Hier ist nichts mehr zu holen, such’ Dir besser einen anderen Job!“ Ist es das, was Sie den Menschen sagen wollen? Aber halt, ich muss mich korrigieren: Sie haben es ja bereits gesagt! Bundesministerin Künast hat ja den Fischern beispielsweise klargemacht, dass sie für sie keine Zukunft mehr sieht. Sie hat in diesem Zusammenhang ja auch schon empfohlen, Kutter zu Fremdenverkehrszimmer umzubauen. Zynischer kann man mit den ihr anvertrauten Menschen kaum umgehen.

Wir haben es doch nicht nur mit Statistiken über Fangquoten und Bestände zu tun. Hier geht es um Existenzen, um Menschen, die hart für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Um diese Schicksale scheint sich die Koalition keine Gedanken gemacht zu haben.

Dabei gäbe es eine Menge über die Lage unserer Fischereiwirtschaft zu berichten – leider nicht nur Gutes. Denn vielen unserer Fischer steht das Wasser bis zum Hals. Allein die Küstenfischer in meiner ostfriesischen Heimat können ein Lied davon singen.

Doch davon steht nichts in diesem Antrag.

Wir hätten aber gerne etwas über die Auseinandersetzung der ostfriesischen Krabbenfischer mit der niederländischen Kartellbehörde und der EU bezüglich der Fangquoten gelesen. Ostfriesische, dänische und niederländische hatten in jahrelanger Zusammenarbeit Absprachen zur Bestandsschonung und zur Preisregulierung getroffen. Diese Vorgehensweise war auf den Widerstand der niederländischen Kartellbehörde getroffen, unsere Fischer wurden mit einem hohen Bußgeld belegt. Diese Situation bedrohte die heimische Fischerei in ihrem Kern. Die Bundesministerin Künast hatte zwar vollmundig angekündigt, sie werde sich der

Sache annehmen. Wer aber die Geschichte dieser Bundesregierung verfolgt hat, der weiß dass das mehr eine Drohung als ein Versprechen gewesen ist. Mittlerweile ist das Ministerium zwar tätig geworden, das Bußgeldverfahren schwebt aber immer noch wie ein Damoklesschwert über unseren Fischern!

Wir hätten gerne etwas über den Fortbestand der so genannten Schollenboxen in Ihrem Antrag gelesen. Dies ist ein ganz aktuelles Problem. Die ostfriesischen Kutterkapitäne müssen hierbei wieder einmal um ihre Existenz fürchten. Vertreter von niederländischen Großkuttern machten bei der Europäischen Union einen Vorstoß, die Schutzzone für Plattfische vor der deutschen Küste aufzulösen. In dieser Schutzzone dürfen nur kleine Kutter, wie sie die Ostfriesen haben, Nordseekrabben fischen. Die Europäische Union hat diese Schutzzone eingerichtet, um die Schollen und Seezungen zu schonen. Die „Schollen-Box“ schützt aber auch die Fischer. Denn in der Schutzzone dürfen die niederländischen Großkutter mit ihren starken Motoren nicht fischen. Die großen Kutter können mit ihrem schweren Geschirr den Meeresboden regelrecht umpflügen. Für die kleinen deutschen Kutter, die ihre Haupterträge aus der „Schollen-Box“ holen, wäre dann kein Platz mehr. Und für den Granat, der ihr Einkommen sichert, auch nicht. Das sehen übrigens auch die Besatzungen der kleinen niederländischen Kutter so: Sie kritisieren ihre Landsleute scharf.

Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit angekündigt, sich für den Erhalt der „Schollen-Box“ einzusetzen. Wir werden sie an ihren Ankündigungen messen!

Wir hätten auch sehr gerne etwas über die Vorverlegung des Sommerfangverbotes für Dorsch in Ihrer Initiative gelesen. Dieser Entscheidung, die der Fischereirat im Dezember 2004 gefällt hat, hatte die Bundesregierung auf Verlangen der südlichen EU-Länder zugestimmt. Das Fangverbot gilt somit für die Zeit vom 1. März bis zum 30. April statt wie bisher vom 15. Juni bis 15. August eines Jahres. Im Januar und Februar können die in Holstein und Mecklenburg-Vorpommern beheimateten Kutter witterungsbedingt nicht fahren. Und daran schließt sich nun unmittelbar diese zweimonatige Zwangspause an. Damit haben die Fischer 4 Monate keine Einnahmen. Die Tatsache, dass die Betriebe dafür im Sommer durchfischen dürfen, bietet jedoch keinen Ausgleich. Die verarbeitenden Betriebe in Dänemark sind nämlich in diesem Zeitraum geschlossen.

Von dieser Maßnahme sind mehr als 1000 heimische Familienbetriebe betroffen, während in den östlichen Ländern immer noch keine wirkungsvollen Kontrollen stattfinden.

Wir hätten auch gerne etwas von Ihnen über die in der ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) vorgesehene Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten erfahren. In diesem Zusammenhang wäre es wichtig gewesen, wenn Sie sich zu dem zurzeit unter der Federführung des Bundesverkehrsministeriums laufenden Raumordnungsverfahren für Nord und Ostsee eingelassen hätten. Wie wollen Sie hier die Fanggebiete gegenüber den anderen Nutzungsarten sichern? Das Bundeslandwirtschaftsministerium ist ja an diesem Raumordnungsverfahren beteiligt. Doch auch hierzu: Schweigen.

Ich könnte noch weitere Beispiele anführen, die in Ihrem Antrag gar nicht oder nur am Rande erwähnt werden. Wie z.B. die im Entstehen begriffenen Windparks für die Wind-Energiegewinnung. oder die fortgesetzten unkontrollierten Anlandungen von Dorsch in der östlichen Ostsee.

Für unsere Fischer ist in all diesen Fällen nur eines sicher: auf diese Bundesregierung ist kein Verlass.

Insbesondere die zuständige Fachministerin legt hier eine merkwürdige Teilnahmslosigkeit an den Tag. Wenn es aber darum geht, unsere Fischer in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu beschränken, wird Frau Künast schwer aktiv. Bei solchen Gelegenheiten überschlägt sich „Frau Renate“ geradezu, möglichst viele Regelungen und Verbote zur Belastung unserer Fischer „herauszuschlagen“.

Durch die vielen Detailvorschriften und überbordende Bürokratie wird die Fischerei aber zu stark behindert. Die Fischereiflotten werden so in ihrer Wirtschaftlichkeit getroffen und ruiniert.

Auch Binnenfischerei und Aquakultur leiden unter einer Vielzahl von bürokratischen Hemmnissen. Erfolg versprechende Entwicklungen sind so nahezu ausgeschlossen. Wo ist das Engagement der Bundesregierung im Bereich Aquakultur, von dem in Ihrem Antrag die Rede ist? Ich kann es nicht erkennen. Innovationen entstehen in diesem Bereich nur im Ausland und können nur im Einzelfall durch die hiesige

Wirtschaft eingesetzt werden. Die politische Ausrichtung auf die Kreislaufanlagentechnologie hat beeindruckende Misserfolge erzeugt. Dies ist auch das Ergebnis einer Ressortforschungspolitik, die zu einem großen Verlust von Forschungskapazitäten geführt hat. Im Bereich der marinen Aquakultur mangelt es an in der gesamten Forschungslandschaft an Auftragnehmern zur Verwertung bereitgestellter Forschungsmittel. Traditionell erfolgreiche Zweige der Meeresaquakultur wie die Muschelwirtschaft werden bundespolitisch nicht beachtet und sind nicht einmal Gegenstand der Ressortforschung.

Darüber hinaus macht sich in allen Fischereisparten das Fehlen einer fischereibezogenen Forschung in Deutschland als Wettbewerbsnachteil bemerkbar.

Ein weiterer Punkt betrifft die Angelfischerei. Diese bewirtschaftet mit über 1 Million Mitgliedern die überwiegende Zahl der Binnengewässer in Deutschland. Unsere Angler sind kompetente und zuverlässige Partner für den Schutz und die Pflege der aquatischen Lebensräume. Auch als Wirtschaftsfaktor ist die Bedeutung der Angelfischerei unübersehbar. Potentiale für den Angeltourismus in Deutschland sind nicht zuletzt in den Küstenländern noch entwicklungsfähig. Wo, frage ich Sie, tauchen die Angler in Ihrem Papier auf? Sie spielen in Ihren Überlegungen offenbar keine Rolle. Im Gegenteil: Die Angelfischer werden von Gewässern in Schutzgebieten in der Regel verdrängt. Das ist kontraproduktiv.

Meine Damen und Herren, die Fischerei muss genügend freien Raum erhalten, um ihrem Gewerbe nachgehen zu können. Denn die Fischerei in Deutschland ist - vor allem für die Küstenregionen an Nord- und Ostsee - von großer Bedeutung. Sie ist in an Nordsee und Ostsee seit Jahrhunderten gewachsen. Generationen von Menschen haben diese harte Arbeit im Einklang mit der Natur verrichtet. Die Fischerei ist auch heute noch für die Wirtschaftskraft vieler Gebiete sehr wesentlich. Sie bietet in vielen wirtschaftlich benachteiligten Küstengebieten Arbeitsplätze.

Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Zulieferindustrie, auf Abnehmer und Verarbeiter und vor allen Dingen auch auf den Tourismus. Die Fischerei gehört zur Landeskultur. Sie ist nicht Folklore, sie ist professionell, kompetent und bewegt sich im Umgang mit dem Lebensmittel „Fisch“ auf höchstem Niveau. Auch die Touristen

sind nicht an musealen Darbietungen, sondern an einer modernen, aktiven Fischereiwirtschaft in den kleineren Fischereihäfen interessiert.

Immerhin wird die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei für die Küstenregionen von Ihnen wenigstens erwähnt. Aber was folgt für Sie daraus? Sie haben wenig konkretes vorzuweisen, dass geeignet wäre, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Fischerei zu stärken.

Immerhin haben Sie überhaupt eingeräumt, dass es Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Fischerei im europäischen Vergleich gibt. Ich gratuliere zu dieser Erkenntnis. Auch, wenn Sie sich darüber ausschweigen, wie die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen sei, ist dies schon einmal ein Fortschritt. Von einem völligen Verbot von Fischerei in FFH-Gebieten scheinen Sie auch Abstand genommen zu haben. Na also, Sie können doch, wenn Sie wollen! Wir nehmen dies allerdings mit einer gewissen Skepsis zur Kenntnis. Auch wir setzen uns für eine Nachhaltigkeit bei der Ressourcenbewirtschaftung ein. Insoweit findet auch dieser Aspekt Ihres Antrages unsere Zustimmung. Ebenso wie das Bekenntnis zu mehr Kontrolle und Sanktionen in allen Mitgliedsstaaten – immerhin ein zarter Wink, wie ein Stück weit Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen sein könnte.

Insgesamt aber ist Ihr Antrag eine einzige Enttäuschung. Das ist nicht gut, noch nicht einmal gut gemeint! Meine Damen und Herren von der Koalition, das war kein großer Fang.

Die Seefischerei benötigt stabile, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, damit die Küstenregion nicht weitere Wirtschaftskraft verliert und nur vom Tourismus abhängig ist. Wenn die deutsche Fischereiflotte durch eine restriktive Politik mehr oder weniger zur Aufgabe gezwungen wird, entfallen diese Arbeitsplätze. Das wird sich jedoch mit Sicherheit nicht auf den Fischbestand auswirken. Die Fischereibetriebe der Nachbarstaaten wie Dänemark, Holland und Polen werden diese Lücke leicht ausfüllen können.

Somit wird die Fischereipolitik nicht nur für die Fischer, sondern für alle Menschen in Küstenregionen zum Bumerang. Die deutschen Fischer haben von Ihnen ohnehin nichts Gutes zu erwarten.

Meine Damen und Herren, was Sie hier heute vorgelegt haben, ist nur die Verwaltung des Niederganges. Tragfähige Zukunftsperspektiven für unsere Fischerei haben Sie nicht.

Oder um es mit dem Fischer zu sagen:

„Manntje' Manntje, Timpe Te,
Buttje' Buttje in der See,
Nicht mal die Frau Ilsebill,
Will was Frau Renate will.“